

Klima schützen, Wohlstand sichern – Baden-Württembergs grüner Weg ins klimaneutrale und fossilfreie Zeitalter



LDK in Sindelfingen am 21.-22.09.2019

Gremium: Landesvorstand
Beschlussdatum: 22.09.2019
Tagesordnungspunkt: KLI Leitantrag

1 Klima schützen, Wohlstand sichern – Baden- 2 Württembergs grüner Weg ins klimaneutrale und 3 fossilfreie Zeitalter

4 :
5 :
6 :
 „Der Mensch braucht die Natur, die Natur den Menschen nicht. Der Mensch
 ist Teil der Natur, er ist ihr nicht übergeordnet. Erst wenn er das
 begreift, hat er eine Überlebenschance.“ (Richard von Weizsäcker)

7 **I. Menschheitsfrage Klimaschutz**

8 Wir stehen am Scheidepunkt. Die nächsten Jahre werden darüber entscheiden, ob
9 wir die Klimakrise noch eindämmen können, oder ob es nur noch darum geht, mit
10 ihren Folgen fertig zu werden. Die Folgen haben wir in Baden-Württemberg im
11 vergangenen Sommer erlebt. 2018 war das wärmste Jahr in Baden-Württemberg seit
12 Beginn der Wetteraufzeichnungen 1881. Ein Hitzerekord folgt mittlerweile dem
13 anderen, die wärmsten Sommer fielen allesamt auf die vergangenen 20 Jahre. Die
14 Folgen: Rekord-Trockenheit, Ernteauffälle, Niedrigwasser, Wasserknappheit. Der
15 Bodensee, das schwäbische Meer, wird immer wärmer. Wir können damit umgehen,
16 noch.

17 Zahlreiche Arten und ganze Ökosysteme sind mittlerweile durch die Klimakrise
18 bedroht – von den Korallenriffen bis zum heimischen Braunkehlchen und Auerhuhn.
19 Unser Klimasystem steht kurz davor, kritische Schwellenwerte zu erreichen. Sind
20 diese Kippunkte erreicht, gibt es keinen Weg zurück. Dann nutzen uns die beste
21 Technik und die originellsten Ideen nichts mehr. Dann wird sich unser Ökosystem
22 dramatisch und katastrophal verändern. Unser Planet wird das verkraften. Wir
23 nicht.

24 Wir wissen das alles. Es ist untersucht und vielfach wissenschaftlich belegt.
25 Aber die Bundesregierung handelt wie viele andere Regierungen einfach nicht. CO₂
26 ist unter den Treibhausgasen der größte Treiber der Klimakrise. Trotzdem ist es
27 immer noch nahezu kostenlos, unseren Planeten aufzuheizen. Die Energie- und
28 Verkehrswende werden verschleppt, der Ausbau der Erneuerbaren wird von der
29 Bundesregierung ausgebremst. Und die schmutzigsten Kohlekraftwerke laufen
30 weiterhin.

31 Wir Grüne haben wie viele andere verstanden. Der Klimaschutz ist eine
32 Menschheitsfrage. Die Zeit drängt. Das spüren immer mehr Menschen und sie sind

33 bereit zu handeln. Die Fridays-for-Future-Bewegung macht das sehr deutlich.
34 Darin liegt unsere Chance.

35 Der Schutz unseres Klimas und damit unserer eigenen Zukunft kann das einende
36 Band unserer Gesellschaft sein. Das Pariser Abkommen und der IPCC Special Report
37 zeigen, dass das 1,5-Grad-Ziel noch zu erreichen ist. Um dies realistisch zu
38 erreichen, braucht es allerdings eine radikal andere Politik. Die Erderwärmung
39 auf 1,5 Grad zu begrenzen ist Grundlage und Rahmen unserer Politik. Der
40 Klimaschutz kann Innovationstreiber für die Wirtschaft sein, zum Auftragsmotor
41 für das Handwerk werden. Er kann zu einer umfassenden Modernisierung unserer
42 Infrastruktur und unserer Gebäude führen. Er kann unsere Energieversorgung
43 enkeltauglich machen. Die Klimakrise erzeugt genau den Innovationsdruck, den wir
44 benötigen, um den technologischen Sprung nach vorne zu machen. Wer heute
45 innovative Klimaschutztechnik entwickelt, ist der Marktführer von morgen. Die
46 Klimakrise kennt keine Grenzen. Der Bedarf an emissionsarmen Antrieben, an
47 klimafreundlichen Produktionstechniken, an ressourcenschonendem und nachhaltigem
48 Bauen, an Komponenten für Erneuerbare-Energie-Anlagen oder an Wärmedämmung wird
49 weltweit steigen. Klimaschutz ist die Grundlage der Zukunft und Klimaschutz ist
50 der Markt der Zukunft. Und wir können führend sein. Ökonomisch und ökologisch.
51 Wir können Wohlstand schaffen, indem wir unser Klima schützen und gleichzeitig
52 die soziale Spaltung verhindern. Denn überall auf der Welt haben diejenigen mit
53 geringen finanziellen Mitteln die geringsten Möglichkeiten, sich vor den
54 Auswirkungen der Klimaveränderung zu schützen. Öl ist das Schmiermittel der
55 alten Welt. Der Klimaschutz ist der Innovationstreiber der neuen Welt. Und
56 sichert die Überlebensfähigkeit unserer Kinder und Enkel.

57 Klimaschutzpolitik ist für uns auch soziale Politik. Wir gestalten den
58 Strukturwandel hin zu einer ökologischen Gesellschaft sozial gerecht. Wir bieten
59 denjenigen eine Perspektive, die am stärksten von den Veränderungen betroffen
60 sind.

61 Wir setzen uns in Baden-Württemberg für eine politische Mehrheit ein, um eine
62 „Erklärung des klimatischen Notfalls“ auszurufen. Dies ist ein öffentlich
63 wirksames Signal, mit dem wir zeigen, dass wir die Eindämmung der Klimakrise und
64 ihrer schwerwiegenden Folgen als Aufgabe von allerhöchster Priorität ansehen.
65 Darüber hinaus kommunizieren wir öffentlich die Risiken, dass aus der
66 „Klimakrise“ eine „Klimakatastrophe“ wird, wenn es uns nicht gelingt, alle Teile
67 der Gesellschaft zur Erreichung der Pariser Klimaschutzziele ins Boot zu holen.

68 **II. Transformation konkret - Klimawende gestalten,** 69 **Wirtschaft stärken und Wohlstand sichern**

70 Die grün-geführte Landesregierung hat den Klimaschutz ins Zentrum der Politik
71 gerückt und die ökologische Modernisierung von Wirtschaft und Gesellschaft seit
72 2011 entschlossen vorangetrieben. Wir haben als eines der ersten Länder
73 überhaupt ein Klimaschutzgesetz verabschiedet und so dafür gesorgt, dass der
74 Klimaschutz in Baden-Württemberg Gesetzesrang hat. Grün macht ganz klar den
75 Unterschied. Seit wir Grüne an der Regierung sind, hat sich die in Baden-
76 Württemberg erzeugte Strommenge aus Windkraft verdreifacht. Wir könnten viel

77 weiter sein, würden die neuen Ausschreibungsregeln der CDU-geführten
78 Bundesregierung den Windkraftausbau in Süddeutschland nicht seit 2017
79 ausbremsen. Wir sorgen dafür, dass Dachflächen und geeignete Freiflächen stärker
80 zur Erzeugung von Sonnen-Strom genutzt werden. Die Landesregierung baut Solar
81 auf landeseigenen Dächern aus, mittlerweile sind 100.000 Quadratmeter bedeckt.
82 Nirgendwo sonst in Deutschland wird so viel in energetische Gebäudesanierung
83 investiert wie bei uns, bei der Energieeffizienz ist Baden-Württemberg
84 Spitzenreiter. Nach einer aktuellen Studie der „Agentur für Erneuerbare
85 Energien“ liegt Baden-Württemberg bei der Energiewende bundesweit auf Platz 1.

86 Bei der eigenen Verwaltung geht die Landesregierung mit gutem Beispiel voran.
87 Seit Beginn des Jahrzehnts hat die Landesverwaltung ihre Treibhausgasemissionen
88 um rund ein Drittel reduziert. Mit Kalifornien wurde eine schlagkräftige
89 internationale Klimaallianz der Regionen – die Under-2-Koalition – aus der Taufe
90 gehoben. Daraus ist inzwischen ein weltumspannendes Bündnis geworden: Über 220
91 Regionen und Metropolen mit mehr als 1,3 Milliarden Einwohner*innen und über
92 einem Drittel der weltweiten Wirtschaftskraft sind Teil der Koalition, die sich
93 zum Ziel gesetzt hat, den Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad zu
94 begrenzen. Im Rahmen der Initiative verpflichteten sich Länder und Regionen auf
95 subnationaler Ebene auf Mindestziele, so bleiben etwa bedeutende US-Staaten wie
96 Kalifornien und New York Teil des internationalen Klimadialogs, auch nach einem
97 Austritt der USA aus dem Pariser Vertrag. Auch mit dem Vermögen des Landes
98 betreibt die Landesregierung Klimaschutz, indem sie die Rücklagen für Pensionen
99 nachhaltig anlegt. Das bedeutet einen Investitionsstopp für die Geschäftsfelder,
100 die den Klimaschutzziele entgegenstehen.

101 Weil grüne Technologien längst Wachstumstreiber und Exportschlager sind,
102 unterstützt die grün-geführte Landesregierung die Unternehmen, ihre
103 Spitzenposition bei grünen Technologien und Ressourceneffizienz weiter
104 auszubauen, etwa mit dem Think Tank Ressourcenstrategien. Hier entwickeln
105 Wissenschaft und Unternehmen Hand in Hand die Technologien und
106 Produktionsverfahren von morgen.

107 Die grün-geführte Landesregierung hat ganz konkrete Weichen gestellt, um Baden-
108 Württemberg zum Vorreiter einer neuen nachhaltigen Mobilität zu machen. Die
109 Neuvergabe der Nahverkehrsnetze hat für besseren Schienennahverkehr gesorgt –
110 für weniger Geld. Mit dem neuen BW-Tarif kann jede und jeder mit einem einzigen
111 Ticket durch alle 22 Verkehrsverbände in Baden-Württemberg fahren – im Schnitt
112 um 25 Prozent günstiger. Ein bundesweit einmaliges Maßnahmenpaket sorgt für
113 saubere Luft in den Städten und besseren Klimaschutz im Verkehr, rund 450
114 Millionen Euro werden investiert in einen besseren und preiswerteren ÖPNV, in
115 elektrische Busse, in intelligente Verkehrssteuerung und mehr Park-and-ride-
116 Parkplätze. Das emissionsfreie Auto der Zukunft soll „Made in Baden-Württemberg“
117 sein. Deshalb hat unser Ministerpräsident als erster einen Strategiedialog zur
118 Transformation des Automobils gestartet, ein deutschlandweit einzigartiges
119 Format. Die Landesregierung treibt die wichtigen Schlüsseltechnologien
120 entschlossen voran, u. a. schafft sie mit neuen Stromtankstellen ein
121 flächendeckendes Ladenetz für Elektroautos und investiert in Batterie- und

122 Wasserstoffforschung. Die Förderung des Fahrrads als umweltfreundliches und
123 gesundes Verkehrsmittel nimmt endlich den Platz ein, den sie verdient. Zum
124 Ausbau der kommunalen Rad- und Fußverkehrsinfrastruktur wurden 93 neue Projekte
125 in das Förderprogramm 2018 bis 2022 aufgenommen, dafür stehen insgesamt 46
126 Millionen Euro zur Verfügung.

127 **1. Klimaneutrales und fossilfreies Baden-Württemberg zur** 128 **Erreichung des 1,5-Grad-Ziels**

129 Um das Paris-Abkommen einzuhalten, müssen wir auch in Baden-Württemberg an Tempo
130 zulegen. Zwar wurden in den letzten Jahren gerade beim Ausbau erneuerbarer
131 Energien gute Fortschritte erzielt. In anderen Bereichen wie Verkehr oder
132 Gebäudewärme sind wir aber vom Erreichen der Klimaziele noch weit entfernt. Es
133 bedarf daher größter Kraftanstrengungen auf allen politischen Ebenen und in der
134 Zivilgesellschaft. Nach dem Konzept des Carbon Budgets hat Baden-Württemberg nur
135 noch 610 Millionen Tonnen CO₂ zur Verfügung, gerechnet ab 1.1.2018. Bei
136 gleichbleibendem Ausstoß wäre dieses Budget schon 2024 aufgebraucht. Mit jedem
137 neuen IPCC-Bericht muss das verbleibende Carbon Budget angepasst werden.

138 Unser Schrittmacher: das neue Klimaschutzgesetz. Die Eckpunkte hat die grün-
139 geführte Landesregierung beschlossen. Mit dem Integrierten Energie- und
140 Klimaschutzkonzept (IEEK) erarbeitet sie unter Beteiligung der Bürger*innen ein
141 ambitioniertes Maßnahmenpaket dazu. Das IEKK stellt die konzeptionelle Grundlage
142 für die Energie- und Klimapolitik in Baden-Württemberg dar. Unser Ziel: unsere
143 Emissionen bis 2030 um mindestens 42 Prozent zum Basisjahr 1990 zu senken. Um
144 dem Pariser Klimaabkommen gerecht zu werden und schnellstmöglich ein
145 klimaneutrales Baden-Württemberg zu erreichen, müssen wir diese Ziele
146 weiterentwickeln. Ambitionierter Klimaschutz ist eine Chance. Denn als
147 Innovationsstandort ist unser Land in einer Vorreiterrolle. Gutes Klima, gute
148 Wirtschaft. Wir wollen zeigen, dass der Schutz des Klimas die Basis für
149 langfristig erfolgreiches Wirtschaften ist. Gemeinsam mit Unternehmen,
150 Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften werden wir die Entwicklung fossilfreier
151 Technologien weiter fördern und zur Marktreife bringen.

152 Die öffentliche Hand muss beim Klimaschutz Vorbild sein, indem Landes- und
153 Kommunalverwaltungen bis 2030 weitgehend klimaneutral arbeiten. Hierbei
154 unterstützt der Klimaschutzpakt des Landes, dem sich bereits ca. 250 Städte und
155 Gemeinden angeschlossen haben. Auch in Verwaltungsverfahren muss der Klimaschutz
156 gestärkt werden. Alle zur Entscheidung anstehenden Planungen und Baumaßnahmen
157 sind auf ihre Klimaverträglichkeit hin zu prüfen, bevor eine politische
158 Entscheidung über die Umsetzung erfolgt. Außerdem braucht es wirksame
159 Sanktionsmaßnahmen bei Nichteinhaltung von Klimazielen.

160 Wir wollen in Baden-Württemberg so viel Treibhausgas wie möglich einsparen. Was
161 wir darüber hinaus in Baden-Württemberg durch CO₂-Senken, wie zum Beispiel Moore
162 oder die Rückgabe zuvor versiegelter Flächen an die Natur, kompensieren können,
163 wollen wir vor Ort umsetzen. Sollte es noch Bedarf für zusätzliche CO₂-
164 Kompensationen geben, sollen diese aus Senken innerhalb der Europäischen Union

165 kommen und die zusätzliche, langfristige und nachhaltige Bindung von
166 Treibhausgasen sicherstellen."

167 Um Klimaschutz die Bedeutung zukommen zu lassen, die er verdient, wollen wir für
168 Infrastruktur und andere bedeutsame Projekte in Baden-Württemberg einen
169 Klimavorbehalt. Damit sollen alle zukünftigen Vorhaben und Gesetze auf Bundes-
170 und Landesebene auf ihre Klimaverträglichkeit überprüft werden. Das Pilotprojekt
171 Gemeinwohlbilanz, das derzeit im Land in der Umsetzung ist, werden wir
172 evaluieren und unter Berücksichtigung der Erfahrungen weiter ausweiten.

173 Auf die Kommunen kommt es an. Ob bei der Strom- und Wärmewende, energetischen
174 Gebäudesanierungen, ressourcenschonendem Bauen, nachhaltiger Stadtentwicklung
175 oder klimafreundlicher Mobilität. Und durch Projekte in der Kommune wird der
176 Klimaschutz vor Ort greifbar, nachvollziehbar, erlebbar. Das Land unterstützt
177 sie mit passgenauen Förderprogrammen wie „Klimaschutz Plus“, die weiter
178 aufgestockt werden müssen. Wir wollen eine Prüfung, ob die bisher im neuen
179 Klimaschutzgesetz vorgesehene Verpflichtung für die kommunale Wärmeplanung auf
180 weitere klimarelevante Bereiche und Maßnahmen übertragen werden kann.

181 Es muss endlich für CO₂ und alle weiteren relevanten Treibhausgase (im Folgenden
182 zusammengefasst als CO₂ bezeichnet) in allen Sektoren einen einheitlichen Preis
183 geben. Einen Preis mit Lenkungswirkung. Wir unterstützen den Vorstoß der
184 Bundesgrünen und der grün-regierten Länder einen Preis für den Ausstoß von CO₂
185 einzuführen. Nur wenn die Preise die ökologisch notwendige Lenkungswirkung
186 haben, können wir unsere Lebensgrundlagen erhalten. Wir wollen nach dem
187 Grundsatz handeln: Die alte Energiewelt finanziert die neue. Hier muss der Bund
188 aktiv werden. Auf fossile Kraft- und Brennstoffe wird ein Preisaufschlag
189 erhoben, der über die Zeit anwächst. Ein Preis von 180 Euro pro Tonne
190 entsprächen den aktuell geschätzten Folgekosten, die eine Tonne CO₂-Emissionen
191 verursacht. Wir könnten uns einen Einstiegspreis von 50-60 Euro pro Tonne
192 vorstellen, der jedes Jahr um ca. 10 Euro ansteigt. Es ist quasi eine Müllgebühr
193 für den klimazerstörenden CO₂-Abfall. Die Einnahmen werden als Energiegeld sowie
194 durch die Senkung auf das EU-rechtliche Minimum der Stromsteuer und einer
195 grundsätzlichen Reform der Energiebesteuerung an die Bürgerinnen und Bürger
196 zurückgegeben. Dadurch entsteht ein sozialer Klimaausgleich, der
197 klimaschützendes Verhalten fördert.

198 Gleiches gilt für Unternehmen: mit einem für den Klimaschutz wirksamen CO₂-
199 Mindestpreis im Emissionshandel, der bei mindestens 40 Euro pro Tonne beginnt
200 und planungssicher ansteigt. Damit werden Einnahmen generiert, die an die
201 Wirtschaft zurückfließen und Anreize für Innovationen und Investitionen in
202 klimaverantwortliche Produkte und Produktionsweisen geben. Es kommt vor allem
203 darauf an, den CO₂-Preis zügig einzuführen. Wir können bei der Rettung des
204 Klimas nicht weitere Jahre verschenken.

205 Die Ziele des Paris-Abkommens erreichen wir nur gemeinsam. Alle politischen
206 Ebenen – die EU, die Mitgliedsstaaten, Länder und Regionen, die Kommunen –
207 müssen eng vernetzt zusammenarbeiten. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die
208 europäische Union Ihre Ziele für den Ausbau der erneuerbaren Energien, die

209 Energieeffizienz und die Verringerung des CO₂-Ausstosses daran ausrichtet, dass
210 sie dem Pariser Klimaabkommen gerecht wird und schnellstmöglich EU-weit
211 Klimaneutralität erreicht wird. Die von Baden-Württemberg initiierte Under-2-
212 Koalition zeigt, wie gut Klimaschutz vorankommt, wenn alle mitmachen. Auch die
213 International Zero-Emission Vehicle Alliance (ZEV Alliance) wird von Baden-
214 Württemberg aktiv unterstützt.

215 Der Klimawandel wartet nicht – wir müssen jetzt handeln. Es drängt. Wir fordern
216 daher die Landesregierung und die Landtagsfraktion auf, ein Sofortprogramm für
217 den Klimaschutz auf den Weg zu bringen, das überall dort greift, wo
218 klimarelevante Fragen in Landeskompetenz fallen, und wo die bisher ergriffenen
219 Maßnahmen nicht ausreichen. Die Landesverwaltung selbst hat das Ziel, bis 2040
220 klimaneutral zu werden – das geht schneller. Im Landeshaushalt 2020/2021 sollen
221 deswegen bestehende Projekte und Förderprogramme auf ihre Klimawirksamkeit hin
222 überprüft werden. Ein Klimapaket bündelt zusätzliche Maßnahmen in allen
223 Ressorts:

- 224 • die Energieeffizienz mit einem Förderprogramm für Kommunen für kommunale
225 Wärmeplanung steigern und umsetzen;
- 226 • eine Offensive für gebäudeintegrierte Photovoltaikanlagen auflegen;
- 227 • durch eine Angebotsoffensive für mehr Busse und Bahnen und eine
228 verlässliche Mobilitätsgarantie umweltfreundliche Verkehrsträger ausbauen;
- 229 • mit dem Strategiedialog Automobilwirtschaft die Notwendigkeit der
230 Transformation der Automobilwirtschaft hin zum emissionsfreien Fahren
231 sichtbar machen;
- 232 • in Wissenschaft und Forschung mit dem emissionsfreien Campus und dem
233 Innovationscampus Mobilität Vorzeigeprojekte fördern;
- 234 • durch eine verstärkte Förderung ökologischer Landwirtschaft den
235 Klimaschutz stärker verankern.

236 **1.1 Unser Land voller Energie: Strom, Wärme und Netz**

237 Im Bereich Energie haben acht Jahre grüne Regierungsführung deutliche Wirkung
238 gezeigt: Der Anteil erneuerbarer Energien ist von 17,2 Prozent im Jahr 2010 auf
239 27,5 Prozent im Jahr 2017 gestiegen, der Windkraftausbau kam endlich in Schwung
240 mit einer Verdreifachung der installierten Leistung seit 2011, das Erneuerbare-
241 Wärme-Gesetz wurde novelliert und ambitionierter ausgestaltet, vielfältige
242 Förderprogramme schaffen Anreize zur Energieeinsparung und
243 Energieeffizienzmaßnahmen und die PV-Offensive soll den Ausbau der Solarenergie
244 weiter voranbringen, sodass wir das Ziel der CO₂-Neutralität schnellstmöglich
245 erreichen. Trotzdem sind wir noch lange nicht am Ziel und müssen vor dem
246 Hintergrund der auch in Baden-Württemberg verfehlten Klimaziele das Tempo
247 erhöhen. Wir lehnen weitere Investitionen in fossile Infrastruktur ab und setzen
248 auf den konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien, der Speichertechnologien,
249 der Übertragungs- und Verteilnetze sowie Energieeffizienzmaßnahmen und -
250 technologien.

251 Der größte Hebel bei der Energieerzeugung auf Landesebene ist die Verfügbarkeit
252 von Flächen. Das größte Potenzial hat in Baden-Württemberg die Solarenergie –
253 wir wollen mehr Flächen hierfür planerisch zugänglich machen, die
254 Genehmigungsverfahren beschleunigen und das Beratungsangebot für die Kommunen
255 ausbauen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, Freiflächen-Photovoltaik
256 auch im Außenbereich als privilegierte Maßnahme zu zulassen. Dabei achten wir
257 darauf, der Landwirtschaft wertvolle Anbauflächen nicht zu entziehen. Wir
258 fordern die Bundesregierung auf, Freiflächenphotovoltaik und Agrophotovoltaik
259 auch im Außenbereich als privilegierte Maßnahme zu zulassen, um eine
260 gleichzeitige Nutzung von Böden zur Nahrungsmittelproduktion und PV-
261 Stromerzeugung zu ermöglichen. Darüber hinaus wollen wir den Bau von
262 Photovoltaikanlagen auf Neubauten verpflichtend machen und Bürgersolaranlagen
263 und Energiegenossenschaften fördern.

264 Die regionalen Energieagenturen und die Klimaschutz- und Energieagentur des
265 Landes sind wichtige Partner für den Klimaschutz – wir wollen sie weiter stärken
266 und für die Ziele des Klimaschutzes nutzen.

267 Wir wollen Verbindlichkeit und Planungssicherheit beim Ausbau von erneuerbaren
268 Energien, deshalb sollen den Planungsträgern Ausbauziele vorgegeben werden. Wir
269 fordern die Bundesregierung auf, die vielen Deckelungen der erneuerbaren
270 Energien aufzuheben. Sie muss die jährlichen Ausbauziele für erneuerbare
271 Energien sowie die jährlichen Ausschreibungsmengen für PV-Freiflächenanlagen und
272 Windkraftanlagen deutlich erhöhen. Wir wollen Verbindlichkeit und
273 Planungssicherheit beim Ausbau von erneuerbaren Energien, deshalb sollen den
274 Planungsträgern Ausbauziele vorgegeben werden. Wir fordern die Bundesregierung
275 auf, die vielen Deckelungen der erneuerbaren Energien aufzuheben. Sie muss die
276 jährlichen Ausbauziele für erneuerbare Energien sowie die jährlichen
277 Ausschreibungsmengen für PV-Freiflächenanlagen und Windkraftanlagen deutlich
278 erhöhen. Baden-Württemberg wird durch z. B. Elektromobilität, Power2Gas und
279 Wärmepumpen zukünftig einen deutlich größeren Strombedarf haben als heute. Wir
280 benötigen damit in den nächsten Jahren wesentlich höhere jährliche Zubauraten im
281 unteren einstelligen Gigawattbereich für Baden-Württemberg bei Photovoltaik und
282 Windkraft um das 1,5 °C-Emissionsbudget einzuhalten. Diese Anlagen wollen wir
283 größtenteils im Land bauen, um damit auch die lokale Wertschöpfung
284 sicherzustellen. Wir fordern die Bundesregierung auf, hierzu die nötigen Weichen
285 zu stellen. Auf Landesebene wollen wir dazu mit der Novelle des
286 Klimaschutzgesetzes mehr Flächen für Erneuerbare zur Verfügung stellen.

287 Um die Anreize für Investor*innen und Hausbesitzer*innen in Erneuerbare Energien
288 weiter zu stärken, wollen wir Grüne diskutieren, ob eine Senkung der
289 Mehrwertsteuer für Photovoltaikanlagen, Solarthermie-Anlagen, Wärmedämmung und
290 Windkraftanlagen sinnvoll ist.

291 In Baden-Württemberg ist Wasserkraft eine bedeutende Säule der erneuerbaren
292 Energiegewinnung. Daher setzen wir uns für weitreichende Förderprogramme für
293 kleinere Wasserkraftwerke ein. Diese Form der Energiegewinnung ist nicht nur
294 wichtig für die Netz- und Systemstabilität, sondern ist darüber hinaus
295 schwarzstartfähig und kann im Falle eines Blackouts zum Wiederaufbau der

296 Versorgung beitragen. Wasserkraft bietet überdies Möglichkeiten zur regionalen
297 und dezentralen Stromerzeugung.

298 Wir wollen Baden-Württemberg zu einem Klimaschutz-Musterland machen. Die
299 Landesverwaltung soll ihre Vorbildfunktion annehmen und bis zum Jahr 2030 CO₂-
300 neutral arbeiten. Dazu wollen wir die energetische Gebäudesanierung
301 landeseigener Liegenschaften voranbringen, das Projekt „Green IT“ fortschreiben
302 und ambitionierter machen und bei Neuanschaffungen für die Fahrzeugflotte auf
303 erneuerbare Antriebe setzen. Da Fahrzeuge mindestens zehn Jahre in Betrieb sind,
304 soll die Landesregierung bereits heute, wo immer möglich, keine fossil
305 betriebenen Fahrzeuge mehr beschaffen. Dienstreisen sollen möglichst
306 klimafreundlich realisiert oder, wenn nicht möglich, kompensiert werden. Beim
307 Photovoltaik-Ausbau wollen wir im Land mit gutem Beispiel vorangehen und bis zum
308 Jahr 2030 alle dafür geeigneten landeseigenen Gebäude mit Potenzial mit PV-
309 Anlagen ausgestattet haben. Für interne Berechnungen der Landesregierung zu den
310 Kosten des CO₂-Ausstoßes soll ein Schattenpreis von 180 Euro pro Tonne
311 eingeführt werden. Dieser bildet die realen Kosten für Gesellschaft und Umwelt
312 ab. Mit einem solchen Schattenpreis für alle Verwaltungsaktivitäten wird es
313 einfacher, wenig CO₂-intensive Produkte und Verfahren zu bevorzugen. Folgen- und
314 Kostenabschätzungen von Maßnahmen und Gesetzen berücksichtigen damit vollständig
315 den Klimaschutz.

316 Auch die baden-württembergischen Unternehmen gehen beim Klimaschutz voran. So
317 will zum Beispiel Bosch ab 2020 als erstes großes Industrieunternehmen komplett
318 klimaneutral sein. Wir begrüßen diese Zielsetzung und wollen einen Klimadialog
319 mit der Industrie führen, um die Einhaltung des Pariser Klimaabkommens zu
320 fördern. Die landeseigenen Unternehmen und Unternehmen mit Beteiligung des
321 Landes sollen dafür mit gutem Beispiel vorangehen und bis zum Jahr 2035 CO₂-
322 neutral arbeiten. Kleinere Anteile an Unternehmen, die mit fossilen
323 Energieträgern umgehen, sollen zeitnah aus dem Portfolio des Landes entfernt
324 werden. Die EnBW fordern wir dazu auf, die Europäischen Schutzstandards für
325 Quecksilber- und Stickoxidemissionen in allen ihren Kraftwerken, insbesondere im
326 Kraftwerk Lippendorf, unverzüglich einzuhalten und bis spätestens zum Jahr 2023
327 die Verstromung der CO₂-intensiven Braunkohle zu beenden. Auch in Baden-
328 Württemberg sind derzeit mehrere moderne Gaskraftwerke nicht in Betrieb während,
329 aus wirtschaftlichen Gründen, Steinkohlekraftwerke Strom erzeugen. Dieses
330 Verhältnis muss umgedreht werden und die Gaskapazitäten im Land genutzt
331 werden, denn durch die Umstellung von Kohle auf Gas als Brennstoff kann eine
332 rasche CO₂-Reduktion erzielt werden.

333 Unternehmen, an denen das Land oder seine Institutionen größere Anteile besitzen
334 (EnBW, Flughafen Stuttgart, Flughafen Karlsruhe/Baden-Baden), sollen
335 Treibhausgasneutralität inklusive aller erbrachten Dienstleistungen schon im
336 Jahr 2035 erreichen. Wir begrüßen, dass die Landesregierung sich das Ziel
337 gesetzt hat, auch bei den landeseigenen Unternehmen treibhausgasneutral zu
338 handeln.

339 **1.2 Mobilitätsland der Zukunft: klimafreundlich, vernetzt,**
340 **digital**

341 Das gegenwärtige Mobilitätssystem stößt an seine Grenzen. Es schadet dem Klima,
342 der Umwelt und unserer Lebensqualität. Kurzum: Es ist nicht zukunftstauglich.
343 Der Verkehr ist für knapp ein Drittel aller Treibhausgase in Baden-Württemberg
344 verantwortlich. Dabei ist besonders besorgniserregend, dass seine Emissionen in
345 den letzten Jahren sogar wieder gestiegen sind und damit höher sind als im
346 Referenzjahr 1990. Da packen wir an. Es ist klar: ohne Verkehrswende keine
347 Klimawende. Wer den Klimaschutz ernst meint, treibt die Verkehrswende voran. Wir
348 Grüne handeln – beherzt und innovativ: bei der Vermeidung von Verkehr, der
349 Verlagerung auf effizientere Verkehrsträger und einer zügigen Dekarbonisierung
350 aller Verkehrsströme. Das gilt für die Mobilität von Menschen und den
351 Gütertransport. Damit die Verkehrswende gelingt, haben wir uns noch mehr
352 vorgenommen.

353 *Öffentlichen Verkehr im Land verdoppeln*

354 Die wichtigste Stellschraube in der Verantwortung des Landes, um die
355 Klimaschutzziele zu erreichen, ist die Verdopplung der Fahrgastnachfrage im
356 öffentlichen Verkehr zur Reduktion des motorisierten Individualverkehrs in
357 Baden-Württemberg bis 2030. Dazu müssen Bahnen und Busse flächendeckend im Takt
358 verkehren, eine zuverlässige Qualität bieten und preislich attraktiv sein. Daran
359 wollen wir weiter arbeiten.

360 Wir Grüne setzen uns für eine Mobilitätsgarantie für ganz Baden-Württemberg ein:
361 Ab 2025 soll jede Kommune im Land zwischen 5 und 24 Uhr mindestens stündlich mit
362 der Bahn, dem Bus, dem Ruftaxi oder dem Rufbus erreichbar sein. In den
363 Verdichtungsräumen sollen alle Ortschaften mindestens halbstündlich angebunden
364 sein. Den Schienenpersonennahverkehr in der Zuständigkeit des Landes werden wir
365 bis 2025 gegenüber 2015 um 30 Prozent ausbauen. Der Mindeststandard des
366 Stundentakts von 5 bis 24 Uhr wird dann im ganzen Land umgesetzt, auf vielen
367 Strecken der Halb- oder Viertelstundentakt Realität sein. Bis zum Jahr 2030
368 wollen wir dann mindestens den Halbstundentakt für über 95 Prozent der
369 Bahnfahrgäste in Baden-Württemberg erreichen und die Kapazitäten weiter
370 ausbauen.

371 Die großen Qualitätsdefizite im Schienenverkehr müssen der Bund als Eigentümer
372 des Netzes und die Länder durch ein nachhaltiges Investitions- und
373 Ausbauprogramm beheben. Bestandteil der Bahnoffensive muss ein ausreichender
374 Kapazitätsausbau im Hauptnetz sein. Wir brauchen die rasche Realisierung des
375 viergleisigen Ausbaus der Rheintalbahn, die Neubaustrecke Mannheim-Karlsruhe und
376 Kapazitätsergänzungen im Knoten Stuttgart. Den integralen Taktfahrplan wollen
377 wir für das Land für bessere und zuverlässigere Verbindungen fortentwickeln und
378 das Netz flächenhaft ausbauen.

379 Die Elektromobilität auf der Schiene wollen wir vorantreiben und den Anteil der
380 elektrisch betriebenen Nahverkehrsleistungen bis 2030 auf über 90 Prozent
381 erhöhen. Dazu fördern wir die Elektrifizierung vieler Bahnstrecken wie der
382 Südbahn, der Breisgau-S-Bahn, der Hochrheinstrecke, der Bodenseegürtelbahn oder

383 der Regionalstadtbahnen Neckar-Alb und Donau-Iller. In den kommenden Jahren
384 werden wir Machbarkeitsstudien für die Reaktivierung von 20 stillgelegten
385 Bahnstrecken erstellen und gemeinsam mit den betroffenen Gebietskörperschaften
386 Umsetzungskonzepte mit Finanzierungs- und Trassenvorschlägen erörtern. In den
387 Städten wollen wir den Ausbau der Stadtbahn- und Straßenbahnnetze weiter fördern
388 und damit vorantreiben. Auch die Einrichtung von Schnellbussen und
389 Oberleitungsbussen können einen Teil zum ÖPNV-Ausbau leisten.

390 Daneben brauchen wir auch attraktive Busverkehre in Stadt und Land. Mit einem
391 landesweiten Netz staufreier Schnellbuslinien und einer stündlichen
392 Mindestbedienung (Mobilitätsgarantie) in allen Orten sowie attraktiven und
393 verständlichen Tarifen wollen wir dem Busverkehr einen entscheidenden Schub
394 versetzen. Dieser Aufgabenbereich fällt in die Zuständigkeit der Landkreise und
395 Kommunen. Das Land unterstützt sie dabei bereits durch das Förderprogramm
396 Regiobusse, durch die Aufstockung der ÖPNV-Fördermittel auf 250 Millionen Euro
397 pro Jahr und Pilotvorhaben für On-Demand-Verkehre in der Fläche. Um den
398 garantierten Stundentakt in der Fläche auszubauen, werden wir die
399 Förderprogramme schrittweise deutlich erhöhen.

400 Bahn- und Busfahren muss im ganzen Land günstiger und unkomplizierter werden.
401 Tarife müssen einfach verständlich sein, damit sie den Umstieg auf Busse und
402 Bahnen erleichtern, insbesondere bei Fahrten über Verbundgrenzen hinweg. Unser
403 Ziel: eine Reise – ein Ticket. Mit dem BW-Tarif ist dies auch über
404 Verbundgrenzen hinweg Realität geworden. Dabei haben wir die Preise für das
405 Bahnfahren im Land um durchschnittlich 25 Prozent gesenkt – ein wichtiger
406 Beitrag zur Attraktivität der Schiene. Bis Ende 2020 wollen wir den BW-Tarif
407 durch attraktive Zeittickets für Pendler*innen und eine attraktive
408 Jahresnetzkarte komplettieren. Mit dem BW-Tarif als Klammer wollen wir ein
409 einheitliches elektronisches Ticketing in Baden-Württemberg umsetzen. Wir wollen
410 die Verbreitung des 365-Euro-Jahrestickets in den Kommunen unterstützen. Der
411 kommunale ÖPNV muss nachhaltiger finanziert werden. Deshalb fordern wir den
412 Landtag auf, die rechtlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass Kommunen
413 auf eigenen Wunsch einen Mobilitätspass als (Nahverkehrs-)Abgabe einführen, den
414 ÖPNV ausbauen und zu günstigen Preisen anbieten können.

415 Wenn wir verschiedene Verkehrsmittel kombinieren, wird klimaneutrale Mobilität
416 attraktiver. Mit 1.000 Mobilitätshubs an 100 attraktiven Bahnhöfen und 900
417 kleineren Umstiegsorten wollen wir den Schienen- und Busverkehr mit dem Fuß- und
418 Radverkehr verknüpfen. Daneben müssen Car- und Ride-Sharing-Angebote ausgebaut
419 werden. Die Nutzer*innen müssen mit Echtzeit-Informationen versorgt werden,
420 Auskunfts- und Buchungsmöglichkeiten müssen einfacher gestaltet werden. Ein
421 Ticket bzw. eine App für alle Verkehrsmittel ist ein wichtiger Schritt dorthin.

422 *Jedes dritte Auto wird klimaneutral angetrieben*

423 Die Elektromobilität stellt, zusammen mit der Verminderung des motorisierten
424 Individualverkehrs, einen zentralen Entwicklungspfad für die klimafreundliche
425 Mobilität dar. Damit im Jahr 2030 mindestens jeder dritte der dann noch bis zu
426 sechs Millionen Pkw klimaneutral unterwegs sein kann, müssen wir die
427 Infrastrukturen dafür schaffen. Mit der „Landesinitiative Elektromobilität III“

428 schaffen wir unter anderem ein flächendeckendes Netz von Ladesäulen im Land, das
429 Baden-Württemberg zur Leitregion für E-Mobilität macht. Elektroautos werden
430 überwiegend privat geladen – am Arbeitsplatz, zu Hause, in der Unterkunft. Durch
431 lange Ladezeiten wird auch das Stromnetz nicht über Gebühr belastet und sogar
432 ein Lastenmanagement möglich. Wir wollen schrittweise keine Stellplätze für
433 fossil betriebene Autos mehr vorschreiben und alle neuen Stellplätze mit
434 Lademöglichkeiten ausgestattet sehen. Land und Kommunen sollen klimaneutralen
435 Fahrzeugen Benutzervorteile vor fossil betriebenen Fahrzeugen gewähren, z. B.
436 beim Parken.

437 Um den Transformationsprozess hin zu klimaneutralen Antrieben und
438 Mobilitätsangeboten aktiv zu gestalten, hat die Landesregierung 2017 den
439 Strategiedialog Automobilwirtschaft BW begonnen. Politik, Wirtschaft,
440 Wissenschaft, Arbeitnehmerverbände, Verbraucherorganisationen, Umweltverbände
441 und Zivilgesellschaft erarbeiten Projekte und Konzepte, um den
442 Transformationsprozess erfolgreich zu gestalten. Mit den in Baden-Württemberg
443 ansässigen international tätigen Automobilfirmen wollen wir weiter über die
444 gemeinsame Verantwortung für den Klimaschutz reden und Wege besprechen, wie der
445 kurzfristige Ausstieg aus der Produktion von klimaschädlichen Fahrzeugen
446 gelingen kann.

447 Ziel ist es, anzustoßen, dass Marktteilnehmer*innen ihre Angebote und Produkte so
448 umstellen, dass sie klimaneutral produziert und betrieben werden können. Mit
449 Blick auf die gewünschte Verminderung der Belastungen durch den motorisierten
450 Individualverkehr sollen auch Konversionsstrategien hin zu neuen, dem
451 Klimaschutz nützenden Geschäftsfeldern entwickelt werden.

452 Der Klimaschutz als globale Rahmenbedingung unseres Wirtschaftens ist dabei
453 handlungsleitend, aber auch die Sicherstellung von Transport und Mobilität mit
454 klimafreundlichen Verkehrsmitteln.

455 Baden-Württemberg ist ein Mobilitätsland: Rund 470.000 Beschäftigte sind direkt
456 oder indirekt vom Automobil abhängig. Mit unserem hohen Exportanteil tragen wir
457 als Wirtschaftsstandort zugleich eine globale Verantwortung für die
458 verkehrsbedingten CO₂-Emissionen. Wir sind überzeugt: Die Transformation der
459 Automobilwirtschaft Baden-Württembergs zum Leitanbieter für nachhaltige
460 Mobilität ist für den Klimaschutz ebenso notwendig wie für die langfristige
461 Sicherung von Arbeitsplätzen.

462 Der Umstieg auf klimaschonende Antriebe ist zentral für den Klimaschutz.
463 Weltweit wird gerade das Auto neu erfunden – die Ära des fossilen
464 Verbrennungsmotors geht unweigerlich zu Ende. Die Zukunft der deutschen
465 Automobilindustrie entscheidet sich daran, ob sie bei dieser Veränderung vorne
466 mit dabei ist. Für unsere ambitionierten Klimaschutzziele braucht es politisch
467 einen ehrgeizigen Rahmen, der ein planbares Ende des fossilen Verbrennungsmotors
468 schafft, sowie die notwendige Förderung der Umstellung.

469 *Landesweit ein Drittel weniger Kfz-Verkehr, Halbierung in den Städten*

470 Mehr Klimaschutz heißt: mehr Lebensqualität in unseren Städten und Ortskernen.
471 Wir wollen landesweit ein Drittel weniger Pkw- und Lieferverkehr und eine

472 Halbierung in unseren Städten erreichen. Ein guter ÖPNV, großzügige Rad- und
473 Fußwege und City-Logistik-Konzepte machen das möglich, wenn sie dafür Platz und
474 Entfaltungsmöglichkeiten bekommen. Bis 2030 wollen wir 1500 zusätzliche
475 lebendige und verkehrsberuhigte Orts- und Quartiersmitten schaffen. Dies kann
476 unterstützt werden durch möglichst flächendeckendes Tempo 30, mehr
477 verkehrsberuhigte Bereiche, Fahrradstraßen, Parkraummanagement und Carsharing-
478 Stellplätze im öffentlichen Raum. In diesem Sinne setzen wir uns für eine
479 Novelle der Straßenverkehrsordnung ein. Dieses Mobilitäts- und
480 Klimaschutzprogramm fährt viele Ernten ein: weniger Lärm und bessere Luft, mehr
481 Aufenthaltsqualität und mehr Verkehrssicherheit, mehr Chancen für die
482 Nahversorgung und einen attraktiven Einzelhandel, also schlicht lebenswerte
483 Städte und Orte. Um das zu erreichen sind Push-Maßnahmen nötig, wie
484 Parkraumbewirtschaftung und die Umwandlung von Kfz-Stellplätzen für
485 Radinfrastruktur, breitere Gehwege und Außenbewirtschaftung. Aber auch der Umbau
486 der Verkehrsinfrastruktur durch den Ausbau von Fahrradstraßen, Radwegen,
487 Fußgängerzonen und lebenswerten Innenstadtbereichen ist notwendig, um die
488 nachhaltige Mobilität zu fördern.

489 Kommunen spielen eine wichtige Rolle, um die Pariser Klimaschutzziele zu
490 erreichen. Ein Mobilitätsgesetz, das die Bevorzugung des Umweltverbunds
491 gegenüber dem motorisierten Individualverkehr festschreibt, würde die Kommunen
492 in ihren Bemühungen für mehr Klimaschutz unterstützen

493 *Jeder zweite Weg wird selbstaktiv mit Rad oder zu Fuß zurückgelegt*

494 Mit dem Pedelec oder reiner Muskelkraft: Immer mehr Berufspendler*innen fahren
495 mit dem Rad zur Arbeit. Wir wollen und müssen dieses Potenzial für den
496 Klimaschutz nutzen. Jeder zweite Weg soll 2030 selbstaktiv mit Rad oder zu Fuß
497 zurückgelegt werden. Von großer Bedeutung sind hier die zwanzig neuen
498 Radschnellverbindungen, die das Land bis 2030 in Kooperation mit den jeweiligen
499 Kommunen baut und finanziert. Wir setzen uns dafür ein, dass bis 2030 mindestens
500 alle 32 Strecken mit vordringlichem Bedarf realisiert werden können. Die
501 Schnittstelle zwischen ÖPNV und Fahrrad muss einfacher werden: Deshalb wollen
502 wir die Zahl der Bike-and-ride-Stellplätze im Land mit 100.000 zusätzlichen
503 sicheren Stellplätzen verdoppeln. Auch im ländlichen Raum kann der
504 Radverkehrsanteil gesteigert werden. Wir wollen, dass das RadNETZ konsequenter
505 ausgebaut und Lücken im übrigen Radwegenetz geschlossen werden. Damit die
506 gesamte Breite der Gesellschaft auf das Rad umsteigt, ist es notwendig, die
507 gefühlte Sicherheit auf unseren Radwegen zu erhöhen. An jeder Straße muss
508 Radfahren sowohl objektiv als auch gefühlt sicher möglich sein. Dazu wollen wir
509 uns für breitere, baulich getrennte Radwege und Temporeduzierung an Radrouten
510 einsetzen.

511 *Jede dritte Tonne im Güterverkehr wird klimaneutral transportiert*

512 Das elektrische Lastenfahrrad ist schon heute ein Symbol neuer Mobilität in der
513 Logistik. Es kann künftig jeden dritten Weg im städtischen Güterverkehr
514 übernehmen. Jede dritte Tonne soll bis 2030 klimaverträglich transportiert
515 werden, mit Bahn, E-Lkw, Binnenschiff oder regenerativem Kraftstoff. Bis 2030
516 sollen deshalb 50.000 klimaneutrale Lkw auf den Straßen unterwegs sein. Dies

517 setzt industriepolitisch ein Signal an die Lkw-Hersteller, dass klimaneutrale
518 Lkw und damit auch klimaneutrale Busse endlich in die Serienfertigung gehören.
519 Klimaneutrale Logistikgebiete und Innenstädte werden eine wichtige Rolle
520 spielen, um die Klimaziele zu erreichen. Der Umbau des Güterfernverkehrs soll
521 nicht aus Steuergeldern, sondern durch die Verursacher finanziert werden. Daher
522 wollen wir uns dafür einsetzen, die Lkw-Maut für fossile Lkw auch auf Landes-
523 und Kommunalstraßen auszuweiten und die Einnahmen für Land und Kommunen zu
524 erschließen.

525 *Flugverkehr eindämmen*

526 Der klimaschädliche Flugverkehr darf nicht unbegrenzt wachsen. Den Ausbau
527 bestehender Flughäfen durch zusätzliche Start- und Landebahnen lehnen wir daher
528 ab. Aus dem Landesetat darf es keine wiederkehrenden Finanzhilfen für
529 Regionalflughäfen geben. Kerosin wollen wir besteuern wie Kraftstoffe fürs Auto.
530 Den Einsatz von regenerativ erzeugtem Kerosin bzw. reFuels wollen wir
531 vorantreiben. Dabei werden wir darauf achten, dass für die Herstellung von
532 reFuels keine fossilen Quellen verwendet werden. Mit dem Ausbau schneller
533 Schienenverbindungen können sowohl Autofahrten wie auch Kurzstreckenflüge
534 vermieden werden. Wir setzen uns dafür ein, die klimaschädlichen Auswirkungen
535 der Flugverkehre mit Start oder Ziel in Baden-Württemberg zu reduzieren. Dies
536 kann unter anderem durch den Umstieg auf klimaneutrale Treibstoffe und Antriebe
537 sowie die Verminderung der Flugkilometer oder weniger Starts und Landungen auf
538 baden-württembergischen Flughäfen geschehen.

539 *Forderungen an den Bund*

540 Die vielen guten Ansätze bei uns müssen vom Bund flankiert werden. Zentral dabei
541 ist, die einseitige Subventionierung des Auto- und Flugverkehrs zu Lasten der
542 Bahn sofort zu beenden. Zudem muss aus dem Bundesverkehrswegeplan endlich ein
543 nachhaltiger Mobilitätsplan für Deutschland werden. Wir fordern den Bund auf,
544 die Maßnahmen des Bundesverkehrswegeplans unter der Annahme eines ambitionierten
545 Verkehrswendeszenarios unter Kosten-Nutzen-Gesichtspunkten neu zu bewerten.
546 Zusätzlich müssen zu Straßenausbaumaßnahmen Lösungsalternativen auf der
547 Grundlage des Umweltverbundes (ÖV, Fuß- und Radverkehr) vorgenommen werden. Und
548 wir wollen ein Tempolimit von höchstens 130 km/h auf Autobahnen und 80 km/h auf
549 zweispurigen Landstraßen, denn das ist nicht nur gut fürs Klima, sondern auch
550 für die Verkehrssicherheit und den Lärmschutz.

551 Die Schaffung eines nachhaltigen Verkehrssystems erfordert Investitionen in
552 Eisenbahnstrecken, die die europäischen Staaten und Regionen durch leicht
553 zugängliche, erschwingliche Zugverbindungen verbindet – einschließlich Schnell-
554 und Nachtzügen. Teile des Güterverkehrs können auf Schienen oder bestehende
555 Wasserwege verlagert werden. Der Bund muss als Eigentümer der Deutschen Bahn
556 endlich einen klaren Leistungsauftrag und die notwendigen Ressourcen
557 bereitstellen, um das Ziel der Verdopplung der Reisendenzahlen bis 2030 zu
558 erreichen. Trassenpreise müssen gesenkt werden, damit die Schiene wieder
559 wettbewerbsfähiger wird. Die Mehrwertsteuer auf Bahntickets muss auch im
560 Fernverkehr zum reduzierten Satz erhoben werden. Wir erwarten vom Bund ein
561 größeres Engagement bei der Förderung grenzüberschreitender

562 Verkehrsverbindungen. Wirtschaft und Tourismus in Baden-Württemberg profitieren
563 von der Nähe zu Frankreich und der Schweiz. Doch oft fehlt es an attraktiven
564 Alternativen zum Auto, etwa für Pendler*innen. Eine besondere politische
565 Bedeutung kommt hier dem im Aachener Vertrag versprochenen Wiederaufbau der
566 Bahnstrecke zwischen Freiburg und Colmar zu. Die Bundesregierung muss sich für
567 die zügige Realisierung dieser und weiterer transnationaler Verbindungen
568 einsetzen und die dafür nötigen finanziellen Mittel bereitstellen.

569 Die Verkehrswende ist ohne enorme Investitionen in Planung, Personal,
570 Infrastrukturen und Fahrzeuge nicht denkbar. Dazu reichen die bisherigen Mittel
571 bei weitem nicht aus. Der Bund kann laut Umweltbundesamt jährlich 28,6 Mrd. Euro
572 einsparen, indem umweltschädliche Subventionen im Verkehrssektor gestrichen
573 werden. Diese Mittel sollten an die Kommunen für die Verkehrswende fließen. Ohne
574 Geld bleibt die Verkehrswende im Stau stecken. Unsere Steuersystematik braucht
575 einen Klimakompass: Wir wollen die Steuerbefreiung für Flugbenzin (Kerosin)
576 schrittweise streichen wie auch die steuerliche Begünstigung des Diesels und das
577 Dienstwagenprivileg. Es kann nicht sein, dass der Staat einerseits
578 Elektromobilität fördert und gleichzeitig ein Mehrfaches an Subventionen für
579 große Dienstwagen und Dieselfahrzeuge ausbringt. Eine Mehrwertsteuer auf
580 Flugtickets und die Abschaffung der Kerosinsteuerbefreiung schaffen faire
581 Wettbewerbsbedingungen für nachhaltigere Verkehrsträger.

582 Anwohnerparken darf nicht nur eine Verwaltungsgebühr von 30 EUR pro Jahr kosten.
583 Dies kommt dem Preis nicht nahe, den der öffentliche Raum in unseren Städten
584 wert ist. Eine Verteuerung muss möglich sein. Ebenso möchten wir den Kommunen
585 frei Hand lassen bei der Ausweisung von Tempo 30 auf Vorrangstraßen. Der Bund
586 sollte die restriktiven Vorgaben abschaffen und den Kommunen vor Ort überlassen
587 zu entscheiden, wo Tempo 30 sinnvoll ist. Um den Fußverkehr zu fördern, brauchen
588 wir mehr verkehrsberuhigte Bereiche. Die relativ hohen formalen Hürden zu deren
589 Einrichtung müssen daher abgesenkt werden. Die Verkehrswende hin zu neuer,
590 nachhaltiger Mobilität kann nur gelingen, wenn sie mit einer Energie- und
591 Mobilitätswende einhergeht.

592 **1.3 Klimaschutz in Wohnungspolitik und Städtebau**

593 Das Stiefkind der Energiewende ist leider immer noch der Gebäudebereich – dabei
594 liegt hier einer der wichtigsten Hebel für mehr Klimaschutz und CO₂-Einsparung
595 in großem Umfang. Die grün-geführte Landesregierung zeigt, wie es geht, indem
596 sie die Förderprogramme neu gestrickt hat, um so einen Großteil der KfW-Mittel
597 nach Baden-Württemberg zu bringen. Die neuen Programme wiederum wurden vom Bund
598 kopiert. Mit der Novelle des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes wurde der Klimaschutz
599 weiter gestärkt. Wir wollen die Anstrengungen hier intensivieren und weiter
600 beschleunigen. Zur Beschleunigung der Wärmewende setzen wir uns für ein
601 klimagerechtes Gebäudeenergiegesetz ein. Zusätzlich zur Begrenzung des
602 Energieverbrauchs und den Einsatz von Erneuerbaren Energien wollen wir einen
603 CO₂-Faktor ins Energiesparrecht bei Gebäuden aufnehmen.

604 Die Bundesregierung muss endlich die steuerliche Absetzbarkeit von Maßnahmen zur
605 energetischen Gebäudesanierung gemeinsam mit den Ländern umsetzen.

606 Wir fordern darüber hinaus das Verbot neuer Ölheizungen sowie eine
607 Betriebsbeschränkung bestehender Ölheizungen abhängig von deren Alter und mit
608 entsprechenden Ausnahmen für Härtefälle. Das Erneuerbare-Wärme-Gesetz wollen wir
609 konsequent weiterentwickeln, die Dekarbonisierung von Wärmenetzen vorantreiben,
610 die Erstellung von Wärme- und Kälteplänen verpflichtend machen und prüfen, bis
611 wann und wie die Förderung fossil befeuerter Heizungsanlagen zurückgeführt
612 werden kann.

613 Lebendige und lebenswerte Städte und Dörfer sind klimafreundlich. Mit kurzen
614 Wegen zwischen Wohnen, Arbeiten und Einkaufen, die Menschen gerne zu Fuß und mit
615 dem Fahrrad zurücklegen. Wir nehmen im Gegensatz zu anderen politischen Kräften
616 den Grundsatz Innenentwicklung vor Außenentwicklung auf allen politischen Ebenen
617 ernst und setzen auf verdichtetes Wohnen im Innenbereich. Die autogerechte Stadt
618 der 1960er Jahre und das Donut-Dorf mit totem Ortskern und einem Ring von
619 Neubausiedlungen sind nicht mehr zeitgemäß und stehen dem Klimaschutz entgegen.
620 Wir kämpfen für mehr Platz für Fußgänger*innen und Radfahrer*innen in den
621 Städten und Orten, für attraktive öffentliche Räume und gegen die Zersiedelung
622 des ländlichen Raums.

623 **1.4 Industriestandort Baden-Württemberg - Erdöl war gestern**

624 Wir wollen weltweit ein Zeichen setzen: Wettbewerbsfähig und erfolgreich
625 produzieren geht auch ohne Erdöl. Dafür müssen wir die Transformation so
626 gestalten, dass besonders energieintensive Branchen verlässliche Zielvorgaben
627 erhalten, um notwendige Investitionen zu tätigen. Energiebedingte Emissionen von
628 6,5 Millionen Tonnen sollen bis 2030 um 62 Prozent reduziert und danach
629 schnellstmöglich vollständig eliminiert werden. Bei der Herstellung von Papier
630 und Pappe ist der Endenergieverbrauch in Baden-Württemberg derzeit am höchsten,
631 gefolgt vom Fahrzeugbau, der Verarbeitung von Steinen und Erden (größtenteils
632 Zement und Kalk) sowie dem Maschinenbau. Die prozessbedingten Emissionen
633 betragen etwa 2,9 Millionen Tonnen, wovon rund 2,2 Millionen Tonnen auf die
634 Klinkerproduktion entfallen. Das macht die enorme Bedeutung der Transformation
635 der Zementherstellung deutlich.

636 Beim erfolgreichen Wandel des Industriestandorts setzen wir auf ambitionierte,
637 aber langfristige und verlässliche politische Vorgaben, beste Forschung und
638 exzellente Aus- und Weiterbildung. Alle drei Faktoren zusammen setzen das
639 Innovationspotential frei, das wir für den Transformationsprozess so dringend
640 brauchen. Grüne Industriepolitik will langfristig Innovationspotentiale fördern,
641 nachhaltig und gute Arbeitsplätze sichern und Wertschöpfung entlang der gesamten
642 Wertschöpfungskette schaffen und erhalten. Den Wandel hin zu einer erdölfreien
643 Wirtschaft sehen wir als wichtigsten Treiber, damit die baden-württembergische
644 Wirtschaft auch in Zukunft weltweit erfolgreich ist. Umfassende Förderprogramme
645 für eine klimafreundliche Wirtschaftsweise, wie sie im Energie- und Klimafonds
646 bereits eingestellt sind, müssen konsequent, z. B. für die Dekarbonisierung der
647 Industrie oder auch für die Flottenumstellung auf E-Mobilität, umgesetzt werden.

648 Mit dem Zentrum für Ultraeffizienzfabriken wollen wir die Plattform für
649 Forschungs- und Demonstrationszwecke stärken, um zu verdeutlichen, wie die

650 energie- und ressourceneffiziente Produktion der Zukunft aussehen kann. Mit den
651 Landesagenturen, dem breiten Beratungsnetzwerk für den Mittelstand und den
652 Forschungseinrichtungen unterstützen wir den Trend in den Unternehmen, Energie-
653 und Materialeffizienz konsequent zu leben. Den Ausstieg aus CO₂-intensiven
654 fossilen Energieträgern kompensieren wir durch Erneuerbare wie Photovoltaik und
655 Wind, Biomasse oder Fernwärme, übergangsweise mit Erdgas. Industrielle Abwärme
656 wollen wir innerhalb sowie außerhalb der Betriebe, z. B. zur Versorgung von
657 Fernwärmenetzen, nutzen.

658 Projekt: Zusammen mit den Arbeitgeberverbänden, Gewerkschaften, Hochschulen und
659 privaten Weiterbildungsträgern wollen wir eine Bildungsroadmap Umwelttechnik auf
660 den Weg bringen. Dafür wollen wir die Aus- und Fortbildungsangebote im Bereich
661 Umwelttechnik sichten, das Angebot wo nötig ausbauen und die relevanten Akteure
662 besser vernetzen.

663 **1.5 Finanzmärkte für ökologisch-soziale Modernisierung** 664 **nutzen**

665 Die Finanzmärkte müssen einen wesentlichen Beitrag dazu leisten, die schnelle
666 Transformation hin zu einer erdölfreien, nachhaltigen Wirtschaft zu finanzieren.
667 Investitionen der öffentlichen Hand sind wichtig, reichen aber für die immense
668 Aufgabe nicht aus. Wir begrüßen ausdrücklich, dass sowohl das Europäische
669 Parlament als auch eine hochrangige Expertengruppe der Kommission wichtige
670 Vorschläge für eine grüne Finanzmarktgestaltung vorgelegt haben. Die
671 Kapitalmärkte müssen auf langfristige, innovative, effiziente und nachhaltige
672 Geldanlagen ausgerichtet sein. Preise für Anlagen müssen Nutzen und die Risiken
673 für Umwelt, Gesellschaft und Unternehmensführung widerspiegeln. Die
674 Finanzstabilität ist auch durch klimaschädliche Investitionen gefährdet. Wir
675 stellen mit großer Sorge fest, dass in Baden-Württemberg, in Europa, vor allem
676 aber im globalen Süden, viele Klimarisiken nicht versichert sind. Dies birgt
677 erhebliche Risiken für globale Chancengerechtigkeit, die Klimakrise darf nicht
678 zu einer Humanitäts- und Finanzkrise werden. Verbraucher*innen soll es leicht
679 gemacht werden, durch ihre Anlageentscheidungen die soziale und ökologische
680 Transformation unserer Wirtschaft zu fördern.

681 Obwohl die Regulierungsentscheidungen in Brüssel und Berlin getroffen werden,
682 hat das Land Baden-Württemberg als Akteur an den Finanzmärkten eine
683 Vorbildfunktion. Wir begrüßen darum die Entscheidung der grün-geführten
684 Landesregierung, das Pensionsvermögen des Landes nachhaltig anzulegen. Wir sehen
685 mit Sorge, dass Klimaschäden den Haushalt immer mehr belasten. Allein die
686 Kompensation von Frostschäden oder die notwendige Hilfe für Kommunen bei
687 Starkregenschäden belastet den Haushalt mit dreistelligen Millionenbeträgen.

688 Projekt: Wir wollen den Landeshaushalt klimafest machen. Dazu identifizieren wir
689 alle Stellen, an denen momentan Klimaschäden oder -risiken sozialisiert werden.
690 Diese Risiken wollen wir so managen, dass der Schaden für die Steuerzahler*innen
691 möglichst gering ist.

692 Projekt: Wir wollen die Chancen unserer Investitionen mit Blick auf den
693 Klimaschutz stärker in den Blick nehmen. Die Geldanlagen des Landes sollen auch
694 in Infrastrukturprojekte der Energiewende und des Klimaschutzes gehen.

695 **1.6 Die Landwirtschaft der Zukunft - gut für Landwirt*innen,**
696 **Umwelt und Tiere**

697 Auch die Landwirtschaft spielt eine erhebliche Rolle beim Klimaschutz und dem
698 Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen. Die intensive konventionelle
699 Agrarwirtschaft beeinflusst mit schweren Maschinen, intensivem Einsatz von
700 Pestiziden und Düngemitteln Boden, Wasser, Luft und die biologische Vielfalt auf
701 unseren Feldern, Wiesen und in unseren Wäldern. Übermäßige Stickstoffdüngung
702 verursacht klimaschädliche Treibhausgase, führt zu Nitratbelastungen des
703 Grundwassers und trägt zur Nährstoffübersorgung von Flüssen, Seen und Meeren
704 bei. Das Klimagas Methan ist deutlich schädlicher als CO₂ und sein Gehalt in der
705 Atmosphäre steigt aufgrund der Massentierhaltung stark an.

706 Gleichzeitig ist die Landwirtschaft auch zunehmend von den Folgen der Klimakrise
707 betroffen, wie der Dürresommer im letzten Jahr gezeigt hat. Wir wollen die
708 Landwirtinnen und Landwirte in Baden-Württemberg dabei unterstützen, ihre
709 Bewirtschaftung diesen Herausforderungen anzupassen und widerstandsfähige
710 Anbausysteme und -kulturen zu entwickeln. Wichtige Bausteine dafür sind breite
711 Fruchtfolgen, Mischkulturen, die Erhöhung des Humusgehaltes, die Förderung des
712 Bodenlebens und Maßnahmen zur Minimierung der Erosion, Agroforstsysteme sowie
713 Risikostreuung durch mehr Vielfalt bei Anbaufrüchten und Betriebszweigen.
714 Hierauf wollen wir die entsprechenden Forschungs- und Beratungsaktivitäten
715 konzentrieren und die Züchtung gentechnikfreier angepasster Sorten unterstützen.

716 Viele Landwirt*innen haben darum heute bereits das Ziel, die Bewirtschaftung
717 ihrer Flächen nachhaltiger zu gestalten. Wir wollen alle, die sich auf den Weg
718 gemacht haben oder neu machen, verstärkt unterstützen. Nur wer Natur und Klima
719 bestmöglich schützt, Lebensmittel nachhaltig produziert, Tierwohl achtet und
720 sich für den Erhalt der Kulturlandschaften einsetzt, soll finanziell dafür
721 belohnt werden. Mit Freude und Ermutigung sehen wir, wie erfolgreich viele
722 unserer Initiativen im Land waren, die bislang eher bescheidenen Möglichkeiten
723 der bestehenden EU-, Bundes- und Landesförderung gezielt zur Förderung des
724 Ökolandbaus, der Landschafts- und Grünlandpflege besonders in Berggebieten, der
725 kleinen und mittleren Mischbetriebe und der klimaschonenden Landwirtschaft
726 einzusetzen. Aufbauend auf diesen Erfahrungen werden wir uns auch auf Bundes-
727 und EU-Ebene radikal dafür einsetzen, dass es in der anstehenden neuen
728 Förderperiode eine klare Ausrichtung auf eine ökologische, klimafreundliche und
729 biodiversitätsfördernde Landbewirtschaftung gibt. Wichtige Ansätze dazu sind
730 Maßnahmen zur wirksamen Vermeidung von Überdüngung, die Bindung der
731 Nutztierzahlen an die Betriebsfläche, hohe Standards für eine artgerechte
732 Tierhaltung und die extensive Nutzung von Grünland sowie wiedervernässten
733 Moorböden. Den Anteil des ökologischen Landbaus als besonders umweltfreundliche
734 und bodenschonende Produktionsform wollen wir durch ein umfassendes
735 Förderkonzept auf 30 Prozent der landwirtschaftlichen Nutzfläche in Baden-
736 Württemberg bis 2030 weiter steigern. Wir wollen die Ausweitung des ökologischen

737 Anbaus auch dadurch unterstützen, dass Einrichtungen des Landes als Teil ihrer
738 nachhaltigen Beschaffungsstrategie ihre öffentliche Verpflegung bis 2030 auf 100
739 Prozent Bio-Lebensmittel aus vorwiegend regionaler Erzeugung umstellen und auch
740 Kreise und Gemeinden bei der Umstellung fördern. Zur Steigerung des ökologischen
741 Landbaus gehört auch eine weitere personelle Stärkung der biologischen
742 Landwirtschaft als Fachgebiet in Forschung und Lehre baden-württembergischer
743 Hochschulen. Die Leistungen der Landwirt*innen für die Gesellschaft sind
744 bürokratiearm und effektiv zu vergüten, dafür wollen wir auch die Möglichkeiten
745 der Digitalisierung zur Dokumentation und Kontrollvereinfachung nutzen.

746 Als Grüne im Land wollen wir die bäuerliche Landwirtschaft darin bestärken, ihre
747 Stickstoffüberschüsse nach der Gesamtbilanz auf 50 kg N/ha abzusenken. 90
748 Prozent der anfallenden Gülle sollen gasdicht gelagert und verstärkt in
749 Biogasanlagen eingesetzt werden, dafür wollen wir Investitionshilfen gewähren.
750 Dazu wollen wir die Güllevergärung auf 30 Prozent des anfallenden
751 Wirtschaftsdüngers bis zum Jahr 2030 steigern.

752 Im Bereich Forstwirtschaft verfügt das Land über unmittelbare
753 Handlungsmöglichkeiten bei der naturnahen und nachhaltigen Bewirtschaftung der
754 eigenen Waldflächen. Wir halten am Ziel fest, 10 Prozent der Staatswaldfläche
755 aus der Nutzung zu nehmen und dort Rückzugsräume für Tiere und Pflanzen zu
756 schaffen. Das Land hat hier Vorbildfunktion. Die Klimakrise erfordert
757 flächendeckend einen raschen Waldumbau hin zu naturnahen und klimaresilienten
758 bzw. klimastabilen Mischwäldern. Dafür wollen wir auch nach Abschluss der
759 laufenden Neuaufstellung der Forstorganisation eine ausreichende
760 Personalausstattung sicherstellen. Auch im Privatwald schlummern noch erhebliche
761 Potentiale, Emissionen zu senken und Wälder zukunftsfähiger zu machen. Diese
762 wollen wir gemeinsam mit den Privatwaldbesitzer*innen angehen. Wir begrüßen die
763 Moorstrategie der grün-geführten Landesregierung, denn Moore sind auch
764 hervorragende CO₂-Speicher.

765 Wir werden Verbraucher*innen weiter dafür sensibilisieren, dass ihr
766 Einkaufsverhalten erheblichen Einfluss darauf hat, wie unsere Lebensmittel
767 produziert werden. Mit Förderung und Verankerung von Ernährungsbildung in Kitas,
768 Kindergärten und Schulen wollen wir insbesondere Kinder und Jugendliche darüber
769 informieren, welche Vorteile eine ausgewogene, gesunde und ökologisch
770 verträgliche Ernährung hat. Mit Anreizen wie Fortbildungsprogrammen für das
771 Personal von Gemeinschaftsverpflegungseinrichtungen für schmackhafte kreative
772 Gerichte in Schulen, Hochschulen und Kliniken wollen wir die Attraktivität
773 fleischärmerer und vegetarischer Ernährung steigern.

774 Durch die Erderwärmung gibt es Auswirkungen auf unsere Tier- und Pflanzenwelt.
775 Aus verschiedenen Gründen leben und überleben in Baden-Württemberg immer mehr
776 nicht heimische Tiere und Pflanzen, die eingeschleppt, entwichen oder ausgesetzt
777 eine potenzielle Gefahr für unsere Ökosysteme darstellen können. Diese Gefahr
778 wollen wir vermindern, z.B. dadurch, dass die vom Gesetz vorgeschriebene
779 Sachkunde zur Haltung auch nachgewiesen werden muss und die Meldepflicht von
780 Tieren nicht nur vom internationalen Schutzstatus der Art abhängt, sondern z.B.
781 auch von einer potentiellen Gefährlichkeit oder dem Pflegeaufwand.

782 **2. Ressourcenverbrauch minimieren, Kreislaufwirtschaft**
783 **umsetzen:**
784 **klimaneutrales Ressourcenmanagement als Innovationstreiber**
785 **und Wettbewerbsvorteil**

786 Wir wollen das Wirtschaftswachstum vom Ressourcenverbrauch entkoppeln. Bei den
787 Treibhausgasen geht die Entwicklung EU-weit in die richtige Richtung. Von 1990
788 bis 2017 sind die Emissionen um 22 Prozent gesunken, während die Wirtschaft um
789 58 Prozent gewachsen ist. Der Wandel hin zur grünen Wirtschaft innerhalb der
790 planetaren Grenzen muss beschleunigt werden. Uns ist wichtig, den Anteil des
791 produzierenden Gewerbes in Baden-Württemberg zu halten. Der Umbau der
792 mittelständischen Wirtschaft hin zur Kreislaufwirtschaft birgt enorme
793 Wettbewerbsvorteile weltweit. Materialkosten machen bei einem durchschnittlichen
794 produzierenden Betrieb 42 Prozent und damit den Löwenanteil der Gesamtkosten
795 aus. Personal- und Energiekosten liegen in der Regel deutlich darunter. Zwar ist
796 der Anreiz bereits heute oft hoch, durch Innovationen Materialkosten zu senken
797 und ressourceneffizient zu produzieren. Dennoch gibt es enormes
798 Optimierungspotential. Auch die Versorgungssicherheit gerade mit kritischen
799 Rohstoffen ist für die Unternehmen in Baden-Württemberg von größter Bedeutung.
800 Erst jüngst drohte China im Handelskrieg mit den USA, die Ausfuhr seltener Erden
801 zu begrenzen. Dies könnte Baden-Württemberg, Deutschland und der EU eines Tages
802 ebenso passieren. Die Auseinandersetzung um North Stream 2 zeigt, welche enorme
803 geopolitische Bedeutung die Abhängigkeit insbesondere von Erdgas hat. Gerade für
804 die Zukunftstechnologien wie Erneuerbare oder Elektromobilität werden zunehmend
805 Ressourcen benötigt, die zum Teil nur in wenigen Regionen vorkommen oder in
806 politisch instabilen Ländern abgebaut werden.

807 Unser Ziel ist, die in Baden-Württemberg benötigten Rohstoffe zunächst verstärkt
808 und langfristig komplett aus Recyclingrohstoffen zu gewinnen. Damit stoppen wir
809 die Übernutzung der natürlichen Lebensgrundlage und sichern langfristig die
810 Wettbewerbsfähigkeit des Industriestandorts Baden-Württemberg. Die Gewinnung von
811 Recyclingrohstoffen ist mit erheblich weniger CO₂-Emissionen verbunden und
812 bedeutet einen gravierend geringeren Verschleiß der natürlichen
813 Lebensgrundlagen. Das maschinenbauliche, chemische und materialtechnische Wissen
814 ist in den baden-württembergischen Hochschulen und Unternehmen vorhanden. Wir
815 wollen dieses Wissen fördern, um Unternehmen dabei zu unterstützen, den
816 weltweiten Markt für Umwelttechnologien von zwei Billionen Euro zu erschließen
817 und Baden-Württemberg zum Vorreiter bei Effizienztechnologien zu machen.

818 **2.1 Rohstoffabbau: Rückgewinnung in den Fokus**

819 Pro Kopf werden in Deutschland rund 20 Tonnen Rohstoffe pro Jahr verbraucht.
820 Unser Bedarf an Rohstoffen könnte gedeckt werden, wenn wir die Rückgewinnung und
821 Wiederverwendung der im Abfall enthaltenen Ressourcen umfassend umsetzen würden.
822 In Elektronikschrott zum Beispiel ist dreißig bis sechzig Mal mehr Gold als im
823 Primärrohstoff Golderz. Und nicht umsonst wird die Gewinnung von Rohstoffen zum
824 Beispiel aus Elektroschrott als Urban Mining bezeichnet. Eine Abschätzung der in
825 Baden-Württemberg vorhandenen theoretischen Potenziale durch Rückgewinnung

826 einiger Rohstoffe macht deutlich, dass etwa für Antimon, Kobalt und Molybdän die
827 in den Abfallströmen enthaltenen Wertstoffe die Rohwarenimporte teils um ein
828 Mehrfaches übersteigen. Wo die Einfuhr von Primärrohstoffen nicht zu vermeiden
829 ist, rücken zertifizierte Lieferketten zur Einhaltung von sozialen und
830 ökologischen Standards in den Mittelpunkt. Wir wollen die Infrastrukturen
831 regionaler Wirtschaftskreisläufe stärken und unnötige Transportkosten sparen,
832 indem wir heimischen Rohstoffen Vorrang einräumen und die Gewinnung von
833 Rohstoffen aus Abfällen zum Rohstoffabbau der Zukunft machen. Wiederverwertung
834 und Effizienzsteigerungen sollen den Bedarf an Primärrohstoffen in Baden-
835 Württemberg deutlich reduzieren und wenn möglich gegen null sinken lassen.

836 Projekt: Wir wollen die Rohstoffstrategie und die Ressourceneffizienzstrategie
837 des Landes verbessern und vorantreiben. Die effizientere Nutzung von Rohstoffen
838 und deren Wiederverwertung soll die Einfuhr von Primärrohstoffen langfristig
839 überflüssig machen und so die Kreislaufwirtschaft in Baden-Württemberg
840 schließen.

841 **2.2 Güterproduktion: Ultraeffizienz in Planung und** 842 **Produktion**

843 *Ressourcenverbrauch reduzieren*

844 Die Herstellung von Gütern und Dienstleistungen aus Baden-Württemberg soll so
845 wenig Rohstoffe und Materialinput benötigen wie möglich. Es gilt der Grundsatz:
846 je weniger, desto besser. Auf Bundesebene wurde das Ziel definiert, bis 2020
847 eine Verdopplung der Rohstoffproduktivität des Jahres 1994 zu erreichen. Baden-
848 Württemberg unterstützt diese Bestrebungen.

849 Baden-Württemberg ist dank vieler innovativer Unternehmen und der grün-geführten
850 Landesregierung Spitzenreiter bei der ressourceneffizienten Produktion. Allein
851 die vom Umweltministerium und der L-Bank aufgelegten Programme für
852 Ressourceneffizienz im Mittelstand haben ein Investitionsvolumen von rund fünf
853 Milliarden Euro ausgelöst. Doch nach wie vor sind enorme Investitionen in
854 Menschen, Maschinen und Material notwendig. Umweltfreundliche Investitionen
855 müssen sich noch stärker betriebswirtschaftlich lohnen, als dies heute der Fall
856 ist. Wir wollen dafür den Marktmechanismus nutzen, um schnell und dezentral
857 wichtige Ressourceneffizienztechnologien in die Breite zu tragen und vielen
858 Unternehmen zugänglich zu machen. Angepasste Regeln bei steuerlichen
859 Abschreibungen können dazu beitragen, dass sich Investitionen für Klimaschutz-
860 und Ressourceneffizienz schnell lohnen. Bundespolitisch ist auch eine bessere
861 Ordnungspolitik von Nöten, die hohe Produktstandards setzt.

862 *Rohstoffe ersetzen mit Leichtbau und Bioökonomie*

863 Die schrittweise Substitution von Massivbauweisen aus Beton und Stahl hin zu
864 mehr Leichtbau ist eine zentrale Stellschraube der nachhaltigen Wirtschaft. Hier
865 lassen sich erhebliche Ressourceneffizienzpotenziale realisieren. 70 bis 80
866 Prozent des Materialverbrauchs eines Produktes werden bereits im frühen
867 Entwicklungsstadium festgelegt, diese Potenziale sind bisher weitgehend
868 ungehoben. Mit der Landesagentur für Leichtbau hat die grün-geführte

869 Landesregierung einen Think Tank für Leichtbau geschaffen. Den Trend im
870 Leichtbau zum recycelbaren Multi-Material-Leichtbau wollen wir verstärken.

871 Auch die Stärkung der Bioökonomie ist für den Wandel hin zu einer erdölfreien
872 und klimaneutralen Wirtschaft von erheblicher Bedeutung. Mit der Bioökonomie
873 verbinden wir vor allem den Ersatz erdölbasierter Materialien und Prozesse durch
874 nachwachsende Rohstoffe und Verfahren. Mit der Landesstrategie „Nachhaltige
875 Bioökonomie“ treibt die grün-geführte Landesregierung die Bioökonomie als
876 Innovationsmotor nachhaltigen Wirtschaftens voran. Die Bioökonomie ist besonders
877 für den Ländlichen Raum eine große Chance, weil Rohstoffe vermehrt auf
878 heimischen Äckern wachsen können und Neben- und Reststoffe aus der
879 Lebensmittelproduktion und der Land- und Forstwirtschaft sinnvoll genutzt
880 werden. Dabei haben wir die Grenzen der jeweiligen Anbausysteme, ob Wald oder
881 Acker, fest im Blick. Deshalb gehören für uns zur Bioökonomiestrategie auch
882 intelligente Konzepte zur Ressourceneinsparung, zur Kaskaden- und
883 Kreislaufnutzung nachwachsender Rohstoffe. Auch für die Industrie und in urbanen
884 Räumen spielt die Bioökonomie künftig eine zunehmend wichtige Rolle. Abfälle und
885 Abwasser beispielsweise enthalten nutzbare Rohstoffe, die wir zurückgewinnen
886 können. Mit neuen Technologien zur biologischen Gewinnung von anorganischen
887 Rohstoffen wie Metallen, Phosphor und Chemikalien sowie zum biotechnischen CO₂-
888 Recycling wollen wir Rohstoffe für Energie- und Stoffkreisläufe erzeugen.

889 *Projekt: Die Verwendung von Plastik ist in den vergangenen Jahrzehnten drastisch*
890 *angestiegen, selbst Gurken werden heutzutage zusätzlich verpackt. Im Rahmen der*
891 *Stärkung der Bioökonomie wollen wir Pilotvorhaben zur Substitution von Plastik*
892 *sichtbar machen und Alternativen zum Markthochlauf verhelfen. Dabei sollen*
893 *Industrieverpackungen eine besondere Rolle spielen. Wir wollen gemeinsam mit der*
894 *Zivilgesellschaft und bestehenden Unternehmer- und Gewerkschaftsinitiativen eine*
895 *Initiative zur Vermeidung und massiven Reduzierung von Verpackungsmüll*
896 *initiieren.*

897 *Projekt: Wir wollen, dass Bauabfälle reduziert werden. So wollen wir Holz oder*
898 *Zementarten mit niedrigem Klinkeranteil fördern und beschleunigen, dass Stahl*
899 *und Zement klimafreundlicher hergestellt werden.*

900 **2.3 Nachhaltigen Konsum fördern**

901 Als Verbraucher*innen haben wir alle mit unserem Konsumverhalten höchsten
902 Einfluss auf Klimaschutz und den Verbrauch der natürlichen Lebensgrundlagen. Der
903 Staat ist für die Regeln verantwortlich, die nachhaltiges Wirtschaften leicht
904 machen – das entlastet die Einzelnen im Alltag. Gleichzeitig setzen wir auf die
905 mündige Verbraucher*in, die sich ihrer Verantwortung bewusst ist. Wie lange wir
906 ein Produkt nutzen oder ob wir höherwertige Produkte minderwertigen vorziehen,
907 hat unmittelbare Rückkopplungen auf Produktion und (Sekundär-)Rohstoffgewinnung.
908 Weniger wegwerfen, mehr reparieren und länger nutzen ist nicht nur ökologisch,
909 sondern auch sozial. Wir wollen deshalb die Mehrwertsteuer auf Reparaturen
910 absenken, damit der eigene Geldbeutel ebenso geschont wird wie die Umwelt.

911 Dabei hilft uns ein Trend, der vor allem bei jungen Menschen zunehmend zu
912 beobachten ist: nutzen statt besitzen. Diesen Trend wollen wir verstärken und
913 Alternativen zu herkömmlichem Konsumverhalten forcieren – auch, weil
914 hinsichtlich der Rebound-Effekte reine Effizienzstrategien ohne Suffizienz nicht
915 ausreichen.

916 Die Sharing Economy kann gewerblich oder gemeinnützig sein. Für eine faire
917 Nutzung von Sharing-Angeboten müssen Verbraucher*innen erkennen können, welche
918 Anbieter gewerblich handeln und welche nicht. Hierfür sind besser handhabbare
919 Kriterien notwendig, die beiden Arten der Sharing Economy voneinander
920 abzugrenzen. Vermittlungsplattformen gewerblicher Anbieter müssen gekennzeichnet
921 sein und geltenden Verbraucher*innenschutz umfassend umsetzen. Unter dem
922 Deckmäntelchen des Teilens und der effizienten Nutzung dürfen soziale und
923 arbeitsrechtliche Standards nicht unterlaufen werden.

924 Das Land Baden-Württemberg hat mit seiner Marktmacht als Einkäufer große
925 Vorbildfunktion. Die unter Grün-Rot beschlossene Anpassung der
926 Beschaffungsregeln, die ökologische und soziale Kriterien bei der Vergabe
927 berücksichtigen, waren richtig. Nun wollen wir einen Schritt weitergehen und die
928 nachhaltige Beschaffung auf Landesebene verpflichtend machen. Dies beinhaltet
929 insbesondere die Betrachtung der Lebenszykluskosten. Damit schaffen wir Märkte
930 für nachhaltige Produkte und wirken lenkend auf effektive Änderungen bei der
931 Produktion hin. Darüber hinaus wollen wir das europäische Vergaberecht ändern.

932 Projekt: Mit einem Förderprogramm wollen wir Reparaturen an Haushalts- und
933 Elektrogeräten unterstützen. Der „Reparaturbonus“, wie er in der Stadt Graz und
934 dem Land Oberösterreich angewendet wird, zielt auf die Wiederverwendung und
935 Langlebigkeit der Produkte ab.

936 Projekt: Initiativen wie solidarische Landwirtschaften wollen wir fördern, indem
937 wir Förderprogramme gezielt auf die Strukturen der SoLaWis anpassen.

938 Projekt: Die Produktverantwortung der Hersteller und Vertreiber soll auf den
939 gesamten Lebenszyklus eines Produkts ausgeweitet werden. Dafür setzen wir uns im
940 Bund und in der EU ein. Dies gilt insbesondere für die Bereithaltung von
941 Ersatzteilen oder die Verpflichtung zu Softwareupdates. Das beinhaltet ein
942 Verbot der Vernichtung von Retour-Sendungen beim Onlinehandel.

943 Supermärkte und Lebensmittelhändler werfen Tag für Tag große Mengen nicht mehr
944 verkäuflicher Lebensmittel weg. Wir wollen – analog zur französischen Regelung
945 –, dass Supermärkte ab einer Ladengröße von 400 Quadratmeter verpflichtet
946 werden, Lebensmittel, die sie ansonsten wegwerfen würden, an gemeinnützige
947 Organisationen zu spenden.

948 **2.4 Recycling zum Innovationsmotor der Kreislaufwirtschaft** 949 **machen**

950 Wir wollen den Materialfluss unseres Wirtschaftens schließen zu einer echten
951 Kreislaufwirtschaft. Dafür müssen Produkte von Anfang an so designt sein, dass
952 sie reparaturfreundlich, langlebig und gut recycelbar sind. Das wichtigste
953 politische Ziel für die Umsetzung der Kreislaufwirtschaft ist die Ökodesign-

954 Richtlinie der EU. In den aktuellen Entwürfen der Kommission zur Novelle der
955 Richtlinie nimmt das Thema Material- und Ressourceneffizienz neben den
956 bestehenden Energieeffizienzanforderungen einen wichtigen Raum ein. Produkte
957 sollen so designt sein, dass ihre Einzelteile leicht ersetzt und recycelt werden
958 können. Neue Anforderungen an die Ersatzteilverfügbarkeit, Angabe von
959 enthaltenen kritischen Rohmaterialien und Anleitungen zur Demontier-
960 beziehungsweise Rezyklierbarkeit von Produkten bekommen einen festen Platz. Wir
961 setzen uns auf allen Ebenen dafür ein, dass dieser Weg stringent und umfassend
962 weiter beschriftet wird und die neue Ökodesign-Richtlinie weltweit neue
963 Standards in der Produktverantwortung setzt. Der höchste technologische Standard
964 soll dabei zur Regel werden, wie dies in Japan mit dem Front-Runner-Prinzip
965 schon der Fall ist. Wir wollen Vorbild und Spitzenreiter sein.

966 Vordringlich ist es, die Recyclingziele über viele Massen-Stoffströme hinweg
967 anzuheben, am dringlichsten bei Kunststoffen, deren Quoten seit 20 Jahren
968 unverändert niedrig sind. Trauriges Ergebnis ist unter anderem die alarmierende
969 Verschmutzung der Meere mit Plastikmüll. Jährlich gelangen zwischen 4,8 und 12,7
970 Millionen Tonnen Plastikmüll in die Ozeane. Während die EU-Kommission mit ihrer
971 Plastikstrategie und andere europäische Staaten mit verbindlichen
972 Reduktionszielen und Verboten für Einmalprodukte den Kampf gegen die Plastikflut
973 angenommen haben, fehlt es in Deutschland besonders CDU/CSU und SPD am
974 politischen Willen. Deutschland ist europäisches Schlusslicht bei der
975 Plastikvermeidung und hat in Europa den größten Pro-Kopf-Verbrauch von Plastik.
976 Unnötige Verpackungen und Einwegprodukte sollen vermieden werden und durch
977 wiederverwendbare Mehrwegverpackungen und -produkte ersetzt werden.
978 Anspruchsvolle Recyclingquoten sind ein wichtiger Weg, Materialkreisläufe zu
979 schließen. Außerdem wollen wir die Nachfrage nach recycelten Kunststoffen
980 (Rezyklaten) in allen Branchen fördern. Dass das Bundesverpackungsgesetz eine
981 finanzielle Belohnung von Rezyklateinsatz in Verpackungen vorsieht, ist gut. Wir
982 setzen uns zudem für verbindliche Rezyklatquoten ein. Es ist gut, dass sich alle
983 Mitgliedstaaten auf europäischer Ebene auf eine Rezyklateinsatzquote von 25
984 Prozent bei PET-Flaschen verständigt haben. Wir begrüßen außerdem, dass die
985 Landesregierung unter grüner Führung viel dafür getan hat, den illegalen Export
986 von Elektroschrott zu unterbinden. Die Abfallverbringungskontrollen und der
987 Vollzug müssen ausgeweitet werden, um verstärkt illegale Verbringungen von
988 Abfällen aufzudecken und weitere Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

989 Mit gezielten Bauvorschriften können beispielsweise modulare Bau- und
990 Konstruktionsweisen fest verankert werden. Das ermöglicht einen vereinfachten
991 Rückbau und damit auch ein einfacheres Recycling von Baustoffen. Mit innovativen
992 Baustoffen wie bspw. Carbon-Beton-Verbundstoffen kann Beton schon bei der
993 Fertigung eingespart werden. Ressourcen- und energieschonender Recyclingbeton
994 (RC-Beton) ist qualitativ vergleichbar mit Beton aus Primärrohstoffen und kann
995 somit in den Kreislauf zurückgeführt werden. Das schont die Umwelt und spart
996 obendrein Kosten. Den Weg, vermehrt Holz als Baustoff einzusetzen, gehen wir
997 weiter. Wir wollen das Bauen mit Holz weiter fördern und unsere Vorreiterrolle
998 in Deutschland weiter ausbauen. Dafür werden wird die Holzbauoffensive des
999 Landes verstärken und weiterentwickeln, eine Holzbauquote beim staatlichen

1000Hochbau Baden-Württemberg einführen und auf Bundesebene für die Einführung einer
1001nationalen Holzbaustrategie nach schwedischem Vorbild einsetzen.

1002In Deutschland könnten die in kommunalen Abwässern enthaltenen Phosphate einen
1003beträchtlichen Teil des Bedarfs der Landwirtschaft decken. Das von den Pflanzen
1004aus dem Ackerboden aufgenommene Phosphat gelangt über die Nahrung in Tiere und
1005Menschen, wird größtenteils wieder ausgeschieden und landet so schließlich in
1006den Kläranlagen. Die grün-geführte Landesregierung hat Pilotprojekte auf den Weg
1007gebracht, die Rückgewinnung des Phosphors aus dem unverbrannten Klärschlamm
1008voranzutreiben. Wir unterstützen diesen Weg und wollen Kläranlagen noch stärker
1009zur Rohstoffgewinnung nutzen.

1010Projekt: Wir werden prüfen, in welchen Bereichen und wie die Einschleusung von
1011Sekundärrohstoffen in Primärprozesse verstärkt vorangetrieben werden kann.

1012Projekt: Wir wollen eine Recyclingbeton-Quote für Landesliegenschaften
1013einführen.

1014Pilotprojekt: Wir wollen zusammen mit Unternehmen eine Initiative zur Verwendung
1015von Rezyklatplastik anstoßen und dabei die Verbraucher*innen eng einbinden.

1016**2.5 Digitalisierung grün gestalten und für Ressourcenschutz** 1017**nutzen**

1018Global wie der Klimawandel und seine Ursachen wirkt auch die Digitalisierung.
1019Die Digitalisierung ist eine Basisinnovation und verändert unser Leben, unser
1020Arbeiten, unsere Kommunikation und unser Wirtschaften. Die erste Phase der
1021Digitalisierung mit steigenden Rohstoff- und Energieverbräuchen hat bereits zur
1022weiteren Verschmutzung unserer Atmosphäre beigetragen. Für eine langfristig
1023klimagerechte Lebens- und Wirtschaftsweise ist daher die grüne Gestaltung der
1024Digitalisierung entscheidend. Wir wollen die Innovationskraft der
1025Digitalisierung für den Klimaschutz nutzen. Damit diese sich entfalten kann,
1026setzen wir auf das Klimadreieck der Digitalisierung: Klimaneutralität des
1027Energie- und Ressourcenbedarfs der Digitalisierung erreichen, Handeln gegen den
1028Rebound-Effekt und Innovationsförderung.

1029*Energie- und Ressourcenbedarf der Digitalisierung klimaneutral machen*

1030Digitalisierung führt weltweit zu einem steigenden Energiebedarf. Computer und
1031Netze in Deutschland verbrauchten 2017 58,4 TWh Strom, was 2,3 Prozent des
1032Gesamtstrombedarfes und 30,7 Millionen Tonnen CO₂ entspricht. Die
1033Virtualisierung von Prozessen etwa durch Cloud-Dienste und Online-Streaming
1034trägt dazu bei, dass trotz massiven Effizienzsteigerungen in den letzten zehn
1035Jahren der Stromverbrauch nur konstant gehalten werden konnte. Digitale Produkte
1036im Haushalt wie in der Industrie produzieren mehr und mehr Daten, die in
1037Rechenzentren verarbeitet werden. Um die Klimaziele zu erreichen, brauchen wir
1038zügig CO₂-neutrale Rechenzentren, die Abwärme nutzen, intelligent kühlen und mit
1039erneuerbarem Strom betrieben werden. Dazu brauchen wir Green-IT im weitesten
1040Sinne, von der Hardwarebeschaffung bis zur Algorithmenoptimierung. Deshalb sind
1041das Land wie die Kommunen und der Bund mit den eigenen Rechenzentren, der
1042Bürokommunikation in der Verwaltung und den Hochschulen in der Pflicht, Energie

1043 einzusparen. Beim Land ist die Steigerung des Strombedarfs überwiegend auf den
1044 Strombedarf der IT zurückzuführen. Handlungsbedarf sehen wir in der Beschaffung,
1045 im Bezug von Ökostrom, und bei CO₂-neutralen Rechenzentren. Das Land Baden-
1046 Württemberg muss dabei vorangehen. Auch die großen Digitalisierungsprogramme des
1047 Landes und der Städte und Gemeinden, die vom Land bei der Digitalisierung
1048 unterstützt werden, müssen in allen Bereichen, von der E-Akte über Tablets in
1049 der Schule bis zur Landesstrategie Künstliche Intelligenz, klimaneutral werden.

1050 *Handeln gegen den Rebound-Effekt*

1051 Mit Hilfe der Digitalisierung können wir viel effizienter und mit weniger
1052 Ressourcenbedarf wirtschaften, arbeiten und mobil sein. Damit dieses Potenzial
1053 genutzt werden kann, darf es nicht dem Rebound-Effekt zum Opfer fallen. Dieser
1054 beschreibt das Phänomen, dass eingesparte Ressourcen umgehend zu mehr Verbrauch
1055 führen. Unser politisches Ziel ist es, den Rebound-Effekt zu minimieren. Ein
1056 Beispiel ist das autonome Fahren, das wir im Land mit dem Testfeld Autonomes
1057 Fahren und im Strategiedialog Automobilwirtschaft vorantreiben. Wir wollen, dass
1058 das autonome Fahren nicht zu einer reinen Veränderung des motorisierten
1059 Individualverkehrs führt, sondern setzen auf einen individualisierten und
1060 flexiblen neuen öffentlichen Verkehr wie autonome Kleinbusse im 24-Stunden-
1061 Betrieb – ein neuer iÖPNV, der zur Verlagerung auf den effizienteren
1062 Verkehrsträger beiträgt. Autonome Fahrzeuge können leicht zu zusätzlichem
1063 Verkehr mit Leerfahrten und unendlichem Parksuchverkehr führen – darum gehört
1064 unser Einsatz für das autonome Fahren und unser Einsatz für die Bepreisung des
1065 öffentlichen Raums untrennbar zusammen.

1066 *Digitale Innovation massiv fördern*

1067 Der globale Klimaschutz braucht neue Ideen, die bisher noch niemand gedacht oder
1068 noch niemand entwickelt hat. Darum setzen wir mit der von der grün-geführten
1069 Landesregierung ins Leben gerufenen Digitalisierungsstrategie des Landes massiv
1070 auf offene Innovation, deren Ergebnisse nicht politisch vorgegeben sind. Die
1071 bereits greifbaren digitalen Innovationen für den Klimaschutz bringen wir in die
1072 Fläche. Zum smarten Verkehr gehören Echtzeit-Apps und komfortables Ticketing für
1073 den ÖPNV und die vernetzte Mobilität. Videokonferenzen und Teleworking sind
1074 moderne Tools der Verkehrsvermeidung. Wir wollen sie im öffentlichen Dienst mehr
1075 nutzen. Die digitale Steuerung der Energienetze, besonders des Stromnetzes, ist
1076 entscheidend dafür, 100 Prozent Erneuerbare zu erreichen. Darum ist das Land
1077 bereits Vorreiter bei Smart Grids. Der Ausgleich zwischen Erzeuger und
1078 Verbraucher*innen kann unter anderem durch Deep Learning zur Mustererkennung
1079 noch besser gesteuert werden. Die notwendige Forschung dazu wird in Karlsruhe
1080 betrieben. Im Bereich der Produktion gilt schon heute: Ungesteuerter Verbrauch
1081 von Ressourcen verschwindet. Digital ist effizient! In Baden-Württemberg machen
1082 sich Unternehmen auf, Wirtschaft 4.0 umzusetzen. Dabei unterstützt das Land zum
1083 Beispiel eingebettete Sensoren und Echtzeit-Datenanalyse in der Produktion, die
1084 den Rohstoffverbrauch und den Energiebedarf senken und gut fürs Klima sind.
1085 Dafür steht unser Projekt der Ultraeffizienzfabrik.

1086 **III Ausblick: Leben innerhalb der planetaren** 1087 **Grenzen**

1088 Unser Planet ist erschöpft. Wir leben über unsere Verhältnisse. Und die
1089 Klimakrise hat unabsehbare Folgen auf das gesamte Ökosystem der Erde. Das
1090 zerstörerische, ressourcenverbrauchende Wachstum der Industrieländer hat keine
1091 Zukunft. Wir wollen die planetaren Grenzen achten und hinterfragen Wachstum
1092 kritisch. Der „Earth Overshoot Day“ schreitet immer mehr in die Mitte des
1093 Jahres. An diesem Tag sind nicht nur die endlichen Ressourcen, sondern auch die
1094 nachwachsenden eines Jahres verbraucht. Wir haben das technische Wissen, Wege
1095 aus der Krise zu finden. Baden-Württemberg als eine der reichsten Regionen
1096 Europas und der Welt erkennt seine historische Verantwortung an, diese
1097 ökologische Evolution voranzutreiben. Wir bekennen uns außerdem zur
1098 Verantwortung von Baden-Württemberg gegenüber Menschen, die aufgrund des
1099 Klimawandels ihre Heimat verlassen müssen. Wir sehen Baden-Württemberg in der
1100 Pflicht, sich national und international für die Realisierung von Klimapässen
1101 einzusetzen. Bewohner*innen, welche in Regionen leben, die durch die Klimakrise
1102 unbewohnbar werden, muss es ermöglicht sein, durch eine selbstbestimmte und
1103 legale Migration eine neue Heimat zu finden. Diese Klimapässe sollen zusätzlich
1104 und nicht alternativ zu bereits bestehenden Initiativen und Forderungen der
1105 bedrohten Regionen etabliert werden.

1106 Wir werden unseren Anteil zur Bekämpfung der Klimakrise leisten und Vorreiter
1107 sein, um zu beweisen: Wohlstand und wirtschaftliche Prosperität sind möglich,
1108 ohne dauerhaft auf Kosten des Planeten zu leben und zu wirtschaften. Mit Beginn
1109 unserer grün-geführten Regierung in Baden-Württemberg haben wir Fenster und
1110 Türen aufgestoßen. Das war dringend nötig. Veränderung braucht Mut und
1111 entschlossenes Handeln. Wir begreifen die Evolution hin zu einer klimaneutralen,
1112 dekarbonisierten Gesellschaft als eine immense Chance. Das Ende des fossilen
1113 Industriezeitalters kann der Beginn einer neuen, begeisternden grünen Wirtschaft
1114 sein. Einer Wirtschaft, die Wohlstand sichert und gleichzeitig Natur achtet und
1115 schützt.